

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Gewässerschutz
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Positionspapier und Parolen
Datum	01.01.1989 - 01.01.2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gerber, Marlène
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Gerber, Marlène; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Gewässerschutz, Positionspapier und Parolen, 1992 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Infrastruktur und Lebensraum	1
Umweltschutz	1
Gewässerschutz	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Parteiensystem	1
Grosse Parteien	1
Linke und ökologische Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

IWF Internationaler Währungsfonds
EWR Europäischer Wirtschaftsraum

FMI Fonds monétaire International
EEE l'Espace économique européen

Allgemeine Chronik

Infrastruktur und Lebensraum

Umweltschutz

Gewässerschutz

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 23.06.2014
MARLÈNE GERBER

Während eine aktuelle Untersuchung eine erhebliche Pestizid-Belastung in Schweizer Fliessgewässern nachwies und das Parlament eine umfassende Aufrüstung der Abwasserreinigungsanlagen zur Verminderung von Mikroverunreinigungen beschloss, hatten die Berufsfischer ganz andere Sorgen: Ihnen waren die Schweizer Seen zu sauber. Der **geringe Phosphat-Gehalt** in diesen Gewässern bewirke einen Rückgang der Fischbestände, da es nicht genügend Plankton als Nahrung für die Fische gebe. Mit ihrem Vorschlag nach einer Phosphat-Untergrenze stiessen die Fischer bei WWF und Pro Natura hingegen auf taube Ohren: Die Trinkwasserqualität sei klar höher zu gewichten als die Interessen der Fischer. Wenig Unterstützung erhielt die Forderung indes auch von der Eawag, die in einer kürzlich erfolgten Bestandesaufnahme gerade in nährstoffarmen Schweizer Seen eine erstaunliche Vielfalt an Fischen festgestellt hatte, wogegen eine verzeichnete starke Zunahme des Phosphatgehalts in Mittellandseen zum Aussterben einheimischer Fischarten geführt hätte.¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Parteiensystem

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Gemessen an den Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen war aber die SP immer noch die oppositionellste Regierungspartei. Bei **4 von 14 Fragen** stellte sie sich gegen die Regierung; bei dem von ihrem eigenen Bundesrat mit Vehemenz vertretenen IWF-Beitritt enthielt sie sich der Stimme. Die Parolen der SVP wichen in drei Fällen von der Empfehlung des Bundesrates ab (EWR, Parlamentarierentschädigung, Geschäftsverkehrsgesetz), diejenigen der FDP zweimal (Gewässerschutzgesetz und bäuerliches Bodenrecht) und diejenigen der CVP nie.²

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.04.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen war die FDP die **einzigste Regierungspartei, welche das revidierte Gewässerschutzgesetz ablehnte**. Von den Kantonssektionen empfahlen es jedoch sieben (ZH, BE, SO, SH, AR, AG, JU) zur Annahme.³

Linke und ökologische Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen verwarf der Zentralvorstand den Beitritt zum IWF und die Revision des Stempelsteuergesetzes, empfahl hingegen **beide Vorlagen zum Gewässerschutz, den Zivildienst- und den Gentechnologieartikel sowie die Sexualstrafrechtsreform zur Annahme**. Ebenso unterstützte die PdA die **Krankenkassen- und die Tierversuchsinitiative, die NEAT sowie den EWR-Beitritt**. Stimmfreigabe wurde zur Vorlage über das bäuerliche Bodenrecht beschlossen. Die abgespaltene Basler «PdA (-gegründet) 1944» stellte sich gegen den EWR-Beitritt⁴

Konservative und Rechte Parteien

Zu **sämtlichen eidgenössischen Abstimmungsvorlagen** ausser jener über die Revision des Stempelsteuergesetzes empfahl die AP die **Nein-Parole**. Diejenige zum EWR-Beitritt wurde einstimmig gefasst.⁵

1) LZ, 23.6.14; TG, 28.6.14; NZZ, 22.7.14; SGT, 31.7.14

2) Parolen 1991

3) Parolen 1992; Presse vom 6.4.92, LZ vom 3.4.92.

4) NF vom 17.3.92; NZZ vom 29.10.92; BaZ vom 2.12.92

5) NZZ vom 13.4.92; TA vom 31.8.92; Parolen 1992